

Arbeitszeiterhöhung: Nein! – Zeit für Schüler: Ja!

Das rot-grüne Landeskabinett hat auf einer Klausurtagung am 2./3. Juli 2013 beschlossen, das Stundendeputat für Lehrkräfte an Gymnasien von 23,5 auf 24,5 Stunden zu erhöhen, die Altersermäßigung ab 55 auszusetzen und damit das verpflichtende Arbeitszeitkonto faktisch nicht vollständig zurückzuerstatten. Außerdem wurde die Anhebung der Bezüge auf den 1.6.2014 verschoben.

Bei Umsetzung dieser Pläne wird die Gesamtarbeitszeit der gymnasialen Lehrkräfte in Wahrheit um mehrere Wochenstunden erhöht, was einer faktischen Lohnkürzung gleich kommt. Für die Kolleginnen und Kollegen über 55 bedeutet dies unter Einrechnung von Vor- und Nachbereitung des Unterrichts Mehrarbeit im Umfang von mindestens 4 Stunden in der Woche. Die meisten Lehrkräfte werden zudem eine Lerngruppe zusätzlich zugewiesen bekommen.

Arbeitszeit ist mehr als Unterrichtszeit

Die wöchentliche Pflichtstundenzahl ist nicht die alleinige Arbeit, die von den Lehrern geleistet wird. Unsichtbar für große Teile der Öffentlichkeit gibt es viele Tätigkeiten, die zusätzlich geleistet werden. Dazu gehören unter anderem:

- Vorbereitung und Nachbereitung des Unterrichtes;
- Korrekturen von Hausaufgaben, Klassenarbeiten, Oberstufenklausuren, Facharbeiten und Prüfungsarbeiten;
- individuelle Schüleransprache und Beratung in den Pausen oder am Nachmittag;
- Lebenshilfe bei Auseinandersetzungen verschiedenster Art;
- Elterngespräche, Elternabende, Elternsprechtage;
- Fachkonferenzen, Gesamtkonferenzen, Planungsgruppen, Dienstbesprechungen;
- Organisation und Durchführung von Projekttagen, Projektwochen, Theater- und Musikveranstaltungen, Sportfeste, Weihnachtsfeiern;
- Vorbereitung und Teilnahme an Wandertagen, Klassen- und Austauschfahrten;
- Durchführung von Arbeitsgemeinschaften und Wettbewerben (Jugend forscht, Jugend trainiert, Mathematikolympiade etc.)

Für Lehrkräfte ist Wochenendarbeit und Feiertagsarbeit die Regel.

Dies alles kennzeichnet die erfolgreiche Arbeit, die Lehrkräfte an den Gymnasien in Niedersachsen seit Jahren leisten. Angesichts der sich ständig erhöhenden gymnasialen Quote haben sie mit großem Engagement daran gearbeitet, gymnasiales Ni-

veau zu halten und ihre Schülerinnen und Schüler zu verwertbaren Abschlüssen zu führen.

Wortbruch ist kein legitimes Mittel der Politik

Der Beschluss zur Arbeitszeiterhöhung stellt vor dem Hintergrund der Zusagen früherer Landesregierungen einen eklatanten Wort- und Vertrauensbruch dar und ist in seinen Auswirkungen gerade für die älteren Kollegen zutiefst unsozial.

Laut § 60 NBG darf die regelmäßige Arbeitszeit der Beamten „im Jahresdurchschnitt 40 Stunden in der Woche nicht überschreiten.“ Bei Lehrkräften liegt diese Arbeitszeit auch unter Berücksichtigung der Schulferien schon lange deutlich darüber.

Wort- und Vertrauensbruch war es, als der damalige Kultusminister Wernstedt 1994 die Arbeitszeit der Lehrkräfte „zur Sicherung der Unterrichtsversorgung“ erhöhte – entgegen eindeutiger und unmissverständlicher Zusagen und Versprechen im vorausgegangenen Wahlkampf, dieses nicht zu tun.

Wort- und Vertrauensbruch ist es, wenn die Landesregierung entgegen früherer Zusagen die Arbeitszeit weiter nach oben schraubt.

Denn Kultusministerin Jürgens-Pieper hatte im Zusammenhang mit der Einführung der Arbeitszeitkonten im Jahr 1998 zugesichert, dass die Unterrichtsverpflichtung bis zum Ende der Rückzahlung des Arbeitszeitkontos – am Gymnasium also bis zum Schuljahr 2022/2023 – nicht erhöht werde. Das soll nun für die Gymnasiallehrer als einzige Gruppe nicht mehr gelten. Kultusministerin Heiligenstadt hält die Beschlüsse der Landesregierung für „vertretbar und verkraftbar“. Diese „moderaten Maßnahmen“ werden, wie sie meint, die für den Öffentlichen Dienst geltende durchschnittliche Wochenarbeitszeit nicht erhöhen. Wie groß die Empörung ist, hat sie inzwischen erfahren. Mit Blick auf die Schüler haben die niedersächsischen Gymnasiallehrer bisher viele zusätzliche Belastungen in Kauf genommen. Jetzt ist ihre Geduld am Ende. Der Schulfrieden steht auf dem Spiel.

Die Vertreterversammlung des Philologenverbandes Niedersachsen fordert

- **keine Arbeitszeiterhöhung,**
- **Beibehaltung der durch Verordnung zum 1.8.2014 vorgesehenen Altersermäßigung,**
- **eine Arbeitsplatzbeschreibung für Lehrkräfte mit einem zeitgemäßen Bezug zur Regelarbeitszeit in einer 40-Stundenwoche,**
- **eine unabhängige Arbeitszeitstudie, in der die tatsächliche Arbeitszeit der Lehrkräfte evaluiert wird,**
- **keine zusätzlichen Belastungen durch neue Reformmaßnahmen.**

Goslar, November 2013